

Menschen helfen

Die Flüchtlingsankunft in der Friedberger Kaserne gemeinsam gestalten

Die beiden großen Gebäude in der Kaserne, die im Jahr 2015 zur Aufnahme von Flüchtlingen hergerichtet und dann nicht belegt wurden, sollen im Februar 2022 jetzt doch vom Land belegt werden. Die Wetterauer Zeitung veröffentlichte Stellungnahmen von Landrat Weckler und Bürgermeister Antkowiak. Beide brachten ihre ablehnende Haltung zum Ausdruck. Der Bürgermeister befürchtet eine Verzögerung bei der städtebaulichen Entwicklung des Kasernengeländes und sieht die Stadt nur als „Zuschauer“, der Kreis hebt hervor, dass im Wetteraukreis bereits eine weitere Erstaufnahme - Einrichtung existiert. Obwohl weder Kreis noch Stadt direkt mit der Versorgung und Betreuung der Geflüchteten beteiligt sind, müssen die daraus resultierenden Auswirkungen von Stadt und Kreis aufgefangen werden. Denn die Geflüchteten werden sich in der Stadt aufhalten, dort einkaufen und auf Mitmenschen treffen wollen. Zum Themenkomplex soll es demnächst eine Bürgerversammlung geben und es wird schon jetzt von Seiten des Landes an die Unterstützung von Freiwilligen appelliert.

2015 und in den darauffolgenden Jahren war die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung sehr groß und es gab viele Menschen, die sich an der großen Integrationsaufgabe beteiligt haben. Damals war die Einstellung weit verbreitet, dass Menschen in Not geholfen werden muss. Hilfe in Not ist auch heute wichtiger Bestandteil einer demokratischen und humanen Grundeinstellung. Wir möchten darauf hinweisen, dass es sich bei der Umsetzung der nach den im Grundgesetz festgelegten menschenrechtlichen Werten um eine gesellschaftliche Aufgabe handelt, die alle angeht, allen voran die politischen Parteien und die demokratischen Regierungen von Landkreisen und Kommunen. Da ist es kontraproduktiv, sich herauszuhalten, wenn man gestalten kann. Und gestaltet werden muss, damit die Veränderungen, die in Friedberg durch die Erstaufnahme bevorstehen, auf Akzeptanz und Hilfsbereitschaft stoßen. So könnte sich Friedberg als die weltoffene Stadt zeigen, die sie sein möchte.

Bei Verhandlungen mit dem RP Gießen kann von den Erfahrungen bei der Einrichtung der Erstaufnahme in Büdingen profitiert werden. Das bedeutet aber, nicht das Land einfach machen zu lassen, sondern Verhandlungen darüber zu führen, was in Friedberg sinnvoll und umsetzbar ist.

Unsere Vorschläge dazu:

Da die Unterbringung in Friedberg in Zusammenhang mit Entzerrung der Unterbringung aufgrund der Corona-Pandemie genannt wurde, sollte die Kaserne nicht mit 1.000 Personen voll belegt werden. Es sollte eine platzmäßig großzügige Unterbringung mit genügend Ausweichmöglichkeiten im Falle von Corona-Ausbrüchen geplant werden. Auch sollte der Wetteraukreis nicht noch eine zusätzliche Unterbringung in der Kaserne vornehmen, sondern die Verteilung von neu dem Wetteraukreis zugeteilten Flüchtlingen nach dem bewährten Schlüssel auf die Kommunen fortsetzen. Nur das würde die bisher geschaffenen und bewährten dezentralen Integrationsmöglichkeiten im gesamten Wetteraukreis weiterhin zur Geltung bringen.

Nachdem viele Ehrenamtliche seit 2015 erheblich älter geworden sind bzw. sich mittlerweile weiteren gesellschaftlichen Aufgaben widmen, wird es jetzt darum gehen, neue Kräfte zu finden, die bereit sind, sich für die Flüchtlinge zu engagieren, damit ihnen der relativ kurze Aufenthalt in der Kaserne so leicht wie möglich gemacht werden kann. Der Bestand der bisherigen ehrenamtlichen

Flüchtlingshelfer*innen ist dazu nicht in der Lage. Daher sind wir auch auf die Zusammenarbeit mit der Stadt angewiesen. Nur wenn sich ehrenamtliches Engagement gewünscht und unterstützt fühlt, kann es sich entfalten.